



Dr. Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Nach der Schicksalswoche: Zu kurz gesprungen

Die Erwartungen waren hochgesteckt, als mit dem Treffen von Merkel und Sarkozy am vorvergangenen Montag bis zum EU-Gipfel am Freitag der (mal wieder) scheinbar entscheidende Kampf um den Erhalt der Währungsunion ausgefochten wurde. Und ja: Europa ist der Lösung der Krise einen Schritt näher gekommen. Eine stärkere fiskalpolitische Koordinierung ist ein wichtiger Grundpfeiler für eine stabile Währungsunion. Auch automatische Sanktionen bei der Verletzung von fiskalischen Stabilitätskriterien, wie sie jetzt vereinbart wurden, sind nach den desillusionierenden Erfahrungen mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt grundsätzlich zu begrüßen. Dass die Einigung ohne Beteiligung Großbritanniens zustande kommt, ist nicht schön – dass aber die Euro-Länder notfalls alleine vorangehen und sich nicht von Outsidern blockieren lassen, ist dennoch die richtige Entscheidung.

Klar ist trotzdem, dass die Beschlüsse alleine nicht ausreichen, um den Bestand der Währungsunion langfristig zu sichern. So ist fraglich, wie die jetzt vereinbarten Sanktionen durchgesetzt werden können, wenn die Akzeptanz der europäischen Institutionen so gering ist wie zuletzt. Ein Blick nach Athen zeigt, wie schwierig es ist, Sparprogramme durchzusetzen, wenn diese von der Bevölkerung gleichgesetzt werden mit einer Einmischung aus Brüssel oder, schlimmer noch, aus Berlin. Wenn die Regeln wirklich Bestand haben sollen, dann müssen die Menschen in Europa eine Beziehung zu den regierenden Institutionen herstellen können. Dies wird nur funktionieren, wenn mit der ökonomischen auch eine politische Integration einhergeht, wenn Europa mehr demokratische Legitimation verliehen wird. Gelingt es darüber hinaus, durch die Übertragung von Kompetenzen von den nationalen Regierungen an europäische Institutionen die Vorstellung von der EU als Agrar-Umverteilungsbürokratie zu entkräften, dann wird vorstellbar, dass die europäische Integration tatsächlich zu einer stabilen Währungsunion und zu einem Zusammenwachsen der europäischen Gesellschaft(en) führt.

In einem zweiten Aspekt greifen die Beschlüsse der letzten Woche zu kurz: Die Beschränkung der Neuregelungen auf fiskalische Fehlentwicklungen wird den Ursachen der Krise nicht gerecht. In erster Linie haben wir es mit einer Zahlungsbilanzkrise zu tun: Die betroffenen Länder – und nicht nur ihre Regierungen – sind überschuldet, weil in den letzten Jahren zu viel Kapital aus den reichen Nordländern in den Süden geflossen ist. Das ist für sich genommen kein Problem: Wenn den weniger entwickelten Ländern Investitionskapital zufließt, damit dort mehr Wachstum entsteht, ist das völlig in Ordnung. Das Problem bestand darin, dass das Kapital in den Zielländern weitgehend unproduktiv verwendet wurde und deshalb nicht für nachhaltiges Wachstum gesorgt hat: In Griechenland floss es in einen aufgeblähten Staatssektor und in Spanien in eine Immobilienblase, deren Platzen die Arbeitslosigkeit jetzt auf fast 25 Prozent hochgetrieben hat. Es hätte in den Vereinbarungen also nicht nur darum gehen dürfen, für fiskalpolitische Stabilität zu sorgen. Nein, darüber hinaus ist dafür zu sorgen, dass sich Fehlentwicklungen nicht wieder in abrupt platzenden Blasen und den damit einhergehenden Vermögensverlusten entladen können. Mit einer strikteren Regulierung des Bankensektors steht man aber noch ganz am Anfang.

Dass die Krise nach den Beschlüssen der letzten Woche gelöst wäre, ist aber ohnehin eine Illusion. Die – notwendigen und sinnvollen – institutionellen Änderungen lösen nicht das akute Liquiditätsproblem Italiens oder Spaniens, geschweige denn die Solvenzprobleme der griechischen Regierung. Eine Vergrößerung des Rettungsschirms oder eine verstärkte Intervention der Europäischen Zentralbank auf dem Kapitalmarkt ist damit alles andere als vom Tisch. Aller mittelfristigen Weichenstellungen zum Trotz: Die Krise wird uns noch eine Weile begleiten; wenn Europa jetzt zurück in die Rezession schlittert – und die Anzeichen hierfür mehren sich –, könnte die Situation sich noch einmal verschärfen. Uns steht ein harter Winter bevor.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
78. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
PD Dr. Joachim R. Frick
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Sabine Fiedler

Redaktion

Renate Bogdanovic
PD Dr. Elke Holst
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Georg Erber

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.